

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 14. Juni.** Der Kaiser hat es befallend abgelehnt, einer Abordnung des Allgemeinen deutschen Handwerkbundes, welche ihm die Beschlüsse des im April zu Halle abgehaltenen 8. deutschen Handwerktages zu überreichen gedachte, die erbetene Audienz zu bewilligen. Dazu bemerkt die „Nat.-Lib.-Korr.“:

„Das Organ des Bundes, die „Allgemeine Handwerkerzeitung“, führt die Entscheidung auf Einflüsse zurück, die der Handwerkbewegung nicht geneigt seien, es liegt jedoch Anlaß vor, die Gründe für den abschlägigen Bescheid anderswo als in dem Verlaufe des letzten Handwerktages zu suchen. Es wurde dort und zwar nicht von Handwerksmeistern, die an öffentlichen Auftritten nicht gewohnt sind, sondern von recht geschulten, zum Teil parlamentarisch geschulten Rednern eine Sprache geführt, wie sie zwar an sich nicht unersportlich war, aber kaum jemals in einer Versammlung vernommen worden ist, die auf eine Huldbezeugung des Monarchen reflektierte. Wir sehen ab von dem Tone, in dem die obligatorische Zustimmung und der Bewährungsnachweis gefordert worden sind, und erinnern nur an die Art und Weise, wie sich der Handwerker über Genossenschaften, deren Förderung sich die Regierung des Kaisers und Königs anlegen sein läßt, in Rede und Beschlüssen ausgesprochen hat. Der erste Satz aus der ersten der Resolutionen, die bei der Audienz überreicht werden sollten, lautet: „Der 8. Allgemeine deutsche Handwerktag verurteilt die Konsumvereine als einen Uebergriff nach der Selbstthätigkeit in der Erziehung und das Recht des Nachfolgers; er sieht in ihnen den Keim zu völliger Zerstörung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und Untergrabung der Monarchie in Folge ihrer sozialistischen-kommunistischen Tendenz.“ Aus den Verhandlungen ging hervor, daß der Vortragsnatter Selbstthätigkeit nicht etwa nur gegen die Mitglieder von Genossenschaften, welche den Bezug von Gegenständen des Lebensbedarfs vermitteln, sondern auch gegen die Begründer und Mitglieder von Konsumvereinen, welche der Vervollständigung und Verbilligung der gewerblichen Produktion dienen, gerichtet werden sollte. Der Referent hatte die landwirtschaftlichen Konsumvereine, die ganz wesentlich und zumeist ausschließlich Einkaufsgenossenschaften zur Beschaffung des landwirtschaftlichen Bedarfs sind, ausdrücklich in die „verurteilten“ Vereinigungen mit einbezogen und der durch einen Widerspruch aus seiner Mitte auf die Tragweite des Beschlusses aufmerksamer gemacht. Die Handwerkerzeitung hat die Resolution nach Zurückweisung jenes Einwandes durch seinen Vorleser zugestimmt. Der Referent, der Reichstagsabgeordnete Wegner, hatte seinen Vortrag nicht beendet, ohne diejenigen, welche Konsumvereine gründen, mit der Bezeichnung „Küchenbuben“ zu belegen. Begerwundert man sich ein solches Verhalten und erwägt zugleich, daß dem Landtag ein von drei Ministern des Kaisers und Königs unterzeichneter Gesetzentwurf vorliegt, welcher den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Gründung namentlich auch von Einkaufsgenossenschaften zu begünstigen, so begreift sich der dem Handwerkerbund gewordene Bescheid ohne Weiteres.

— Großes Aufsehen erregt der soeben bekannt gewordene Uebertritt des Prinzen Friedrich von Schönburg-Waldenburg zu römischen Kirche. Die Konversion ist, wie dies zu gesehen pflegt, erfolgt, ohne daß die sächsischen Grenzen, in Döplitz, erlangt. Prinz Friedrich, geboren am 17. September 1867 als Sohn des 1893 verstorbenen Fürsten Otto und der Fürstin Pamela zu Schönburg-Waldenburg, ist nach der „Kreuz-Ztg.“ Vizekommandant im königlich sächsischen Garde-Regiment.

— Bei der Stadtverordneten-Versammlung ist folgender Antrag Witthow und Genossen eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat um Auskunft zu erfragen, ob

1. es richtig ist, daß durch Verfügung des königlichen Provinzial-Schulkollegiums die Anordnung getroffen ist, daß a. jüdische Lehrer und Lehrerinnen an den hiesigen Gemeindefschulen nur nach Vorlage des Bezugsbuchs des jüdischen Religionsunterrichts in Zukunft angestellt und hauptsächlich ihre Lehrthätigkeit im jüdischen Religionsunterricht ausüben sollen, daß ferner b. die Verwendung jüdischer Lehrkräfte zur ausüblichen Vertretung an den Gemeindefschulen auf die Ertheilung des jüdischen Religions-Unterrichts beschränkt werden soll, 2. ob und welche Maßnahmen im Falle die zu 1. erwähnten Anordnungen des königlichen Provinzial-Schulkollegiums wirklich erlassen sind, der Magistrat getroffen hat, bzw. ergreifen wird, um den in bezüglichen Anordnungen enthaltenen Bestimmungen des kommunalen Votationsrechts und Verletzungen der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Konfessionen entgegen zu treten.

Der Antrag ist von 47 Mitgliedern der drei liberalen Fraktionen der Versammlung unterzeichnet.

— Die Einführung des neuen Bürgermeisters von Beitz hat dem Landrat v. Schilling-Veranlassung zu folgender Anfrage gegeben: „Eine mehrjährige Wirtshauswirtschaft (ich meine nicht anders meinen), wie sie unter dem abgegangenen Bürgermeister geherrscht, hat das Vertrauen der Bürgerschaft erschüttert, dies haben Sie erst wieder zu erweisen. Ich übergebe Ihnen das Amt mit dem Ersuchen, strenge Gerechtigkeit walten und allen Einwohnern eine gleichmäßige Behandlung zu Theil werden zu lassen, auch ein wohlwollendes Entgegenkommen Herrmann zu zeigen und durch Ihr eigenes Ansehen sowie das Ihrer Familie ein nachahmenswerthes Vorbild zu sein. Es ist der fünfte Bürgermeister der Stadt Beitz, mit dem ich jetzt in amtlichen Verkehr trete. Der erste war Herr Bürgermeister Verdt, ein zwar sehr strenger Herr, aber ein ebenso tüchtiger Verwaltungsbeamter; mit dem zweiten Herrn Bürgermeister hatten Sie eine weniger günstige Wahl getroffen; der dritte, Herr Bürgermeister Lehmann, war ihnen 25 Jahre eine durchaus tüchtige Kraft, leider wurde ihm in den folgenden beiden Jahren die Amtsführung durch Krankheit sehr erschwert; über den letzten Bürgermeister will ich nur mit Schweigen hinweggehen.“ Dieser so drastisch gekennzeichnete Bürgermeister hieß Wittner, der sein Amt vor einiger Zeit quittirt hat. Er muß, nach den Andeutungen des Landraths zu schließen, ein sonderbarer Dilettant gewesen sein.

— Der Stationsvorsteher v. Elg ist, wie die „N. Fr. Ztg.“ meldet, aus Ostafrika vier eingetroffen. Er gehörte schon der Wismarschen Schutztruppe in Afrika als Kompanieführer an,

trat aber 1891 aus dieser aus. Dann begleitete er den Major v. Wissmann auf seiner Dampfer-Expedition nach dem Nyassa und hatte als Abteilungschef einen bedeutenden Antheil an deren Gelingen. Herr v. Elg hat den eigentlichen Transport des Wissmann-Dampfers von Sambesi über das Schirehochland geleitet und dessen Zusammenführung bei Wimpiti überwacht. Er wurde vom Major v. Wissmann nach Flottmachung des Dampfers zum Leiter der Station Langenburg im Norden des Nyassa ernannt und später nach der Uebernahme der Station durch das Reich von der Kolonialverwaltung in dieser Stellung bestätigt. Der Ausbau der Station wurde von ihm in die Hand genommen und vollendet. Von da machte er eine Reise nach Zumbo am Sambesi, um mit dem englischen Oberkommissar H. Johnston eine Landfrage zu regeln. Auch suchte Herr von Elg einen Weg aus unserem Gebiete nach dem Tanganika aufzufinden, wobei er Kämpfe mit den Eingeborenen zu bestehen hatte. An der Expedition des Gouverneurs Herrn v. Schele nahm er auch Antheil. Im vorigen Jahre wurde der Deutscher Personendruck zu seinem Nachfolger als Leiter der Station ernannt, da Herr v. Elg zurückzukehren wünschte.

— Die Nachricht, daß die Regierung sich endlich entschlossen hat, die Alexianeranstalt in Marienberg zu schließen und die Brüder der Kongregation, die strafbarer Handlungen schuldig erschienen, in Haft zu nehmen, wird überall einen guten Eindruck machen. Ein besserer freilich würde noch erzielt sein, wenn es nicht erst des starken Druckes der öffentlichen Meinung bedürft hätte, um die Regierung zu diesen Schritten zu veranlassen. Die „Germania“ mißt sich insofern ab, durch Anregungen aller Art die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Streitfrage mehr und mehr abzulenken. Sie will die Entscheidung gemacht haben, daß auch ärztliche Gutachten über das geistige Befinden von Kranken in Widerspruch mit einander gestanden hätten. Als ob damit die traditionelle Behandlung der Irren im Alexianer-Kloster Marienberg entschuldigend würde! Eben weil die bisherige Irrenpflege und das Irrenrecht Mißgriffe nicht ausschließen, ist von einem großen Theile der deutschen Presse im Einklang mit der öffentlichen Meinung eine Reform dieser Gefangenschaft namentlich in der Richtung gefordert worden, daß größere Sicherheitsmaßregeln für die Aufnahme geistig Kranker in Anstalten und für ihre Entlassung gewährt würden. Noch weniger Eindruck aber wird das Blatt machen können mit den namenlosen Verbrechen über Fälle, wo auch in anderen Anstalten Mißhandlungen von Irren vorgekommen sein sollen. Ist das wirklich der Fall gewesen, so hat das Blatt die Pflicht, mit seiner Kenntniß hervorzutreten, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können.

— Die Schließung der Krankenanstalt der Alexianer zu Marienberg soll, nach der „Köln. Ztg.“, in folgender Weise erfolgen: Erstens soll den Brüdern die selbstständige Annahme und Pflege der Kranken unterlagert werden; zweitens: von Staatswegen wird ein Verwalter eingesetzt, der nach eigenem Ermessen über die Verwendung geistlicher oder weltlicher Pfleger entscheiden kann; drittens: die Provinzialverwaltung wird bald Ärzte nach Marienberg entsenden, welche bestimmen, ob die von der Provinzialverwaltung dort untergebrachten Kranken und Irren in eine Provinzialanstalt zu verbringen sind.

Es ist heute nicht ohne Interesse, einen Brief zu lesen, den der „dirigierende Arzt“ der Anstalt Marienberg, Dr. Capellmann, an den Kaiser, in Nr. 62 der „Dtsch. Mediz. Wochenschrift“ zu veröffentlichen für gut befand, nachdem kurz vorher in jenem Fachblatt die Angelegenheit des Geistlichen Forbes erwähnt worden war. Herr Capellmann schreibt:

„Die Sachlage ist zur Zeit die, daß die königliche Staatsanwaltschaft zu Aachen nach mehr als dreimonatlicher Untersuchung über den Fall Forbes die Unteruchung gegen die Anstalt eingestellt hat, daß die gegen die Einstellung seitens des „Darstellers“, Gastwirths Wellage zu Jerslohn, erhobene Verurteilung seitens der königlichen Oberstaatsanwaltschaft verworfen worden ist, daß der seitens der Direktion der Anstalt Marienberg schon im August vorigen Jahres gegen den p. Wellage gestellte Strafantrag wegen verurtheilten Verleumdung durch die königliche Staatsanwaltschaft zu Aachen der königlichen Staatsanwaltschaft zu Hagen überwiesen worden, und daß endlich die königliche Staatsanwaltschaft zu Hagen seit längerer Zeit mit der Unteruchung gegen den p. Wellage beschäftigt ist. Die Anstaltsdirektion hat kein Mittel, den Verlauf der Unteruchung zu beeinflussen, sie hat aber auch keine Veranlassung, förmlich in die Unteruchung einzugreifen; je gründlicher die Unteruchung geführt wird, um so besser. Bevor jedoch die Unteruchungen und die eventuellen Gerichtsverhandlungen abgeschlossen sind, dürfte eine Verwerfung des „Falles Forbes“ als Material zu Reformvorschlägen recht verfrüht erscheinen. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung, wenn gewünscht, mit meinem Namen, in die nächste Nummer, da die oben zitierte Stelle leicht die Auslegung finden könnte, die Darstellung des Wellage könne nicht widerlegt werden. Die Direktion hat es nicht für anständig gehalten, mit dem Wellage sich in einen Zeitungskrieg einzulassen, muß aber erwarten, daß ihr dieses anständige Schweigen seitens der wissenschaftlichen Literatur nicht falsch ausgelegt werde.“

— Die „Berliner Korresp.“ meldet: Der Geheimen Regierungs- und Medizinalrath Dr. Ernst in Aachen, dessen Pensionierung bevorsteht, ist bereits bis auf weiteres beurlaubt.

**Hamburg, 13. Juni.** Von den fremden Fahrgelegenheiten, die zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanal vier angestiegen wurden, sind der amerikanische Aviso „Marblehead“, der spanische Aviso „Marques de la Ensenada“, der österreichische Torpedojäger „Trabant“, die italienischen Avisos „Aretusa“ und „Savio“, und der englische Dampfschiff „Albert“ auf der Elbe eingetroffen.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 13. Juni.** In der Klubitzung der vereinigten Kisten erklärten sämtliche Redner, das Festhalten des Polenklubs und des Hohenwartklubs an der Errichtung des slowenischen Gymnasiums in Gilt der Kisten das Verbleiben in der Koalition unmöglich mache. Alle Redner wiesen entschieden die einseitigen Ausführungen der polnischen und der liberalen Abgeordneten im Budgetausschuß gegen die Kisten zurück. Besonders

schärf wurde der Minister Madefski angegriffen, weil er in schroffer Weise gegen die Kisten gesprochen hatte. Man hob hervor, daß Madefski seinerzeit nur in Folge des Eintretens der Kisten für ihn das Unterrichtsministerium erhielt. Allerdings wurde erklärt, daß mit dem Austritt aus der Koalition nicht bis zur Entscheidung durch das Abgeordnetenhaus selbst zu warten sei, sondern daß der Austritt sofort vollzogen werden müsse, sobald die Abstimmung im Budgetausschuß gegen die Kisten erfolgt sei. Da diese Abstimmung am Sonnabend bevorsteht, wird die Kiste am Montag wieder eine außerordentliche Klubitzung abhalten, in der bindende Beschlüsse gefaßt werden sollen. Der heutige Klubitzung wohnten Plenar und Wurmbrand, ferner Schumacher bei. Plenar antwortete auf die gegen ihn und die Gesamtregierung gerichteten Vorwürfe, daß die Regierung selbst ihre Tage als gezählt betrachte. Seine Rede machte Eindruck. Die Stimmung der Kisten ist jetzt denn je. Ihre einmüthige Haltung macht besonders bei den Polen tiefen Eindruck. Diese machen, um eine schwere Verwicklung zu vermeiden, den Vorschlag, die Entscheidung über Gilt um ein Jahr hinauszuschieben, was allerdings den Austritt der Slowenen aus dem Hohenwartklub und in weiterer Folge die Mandatsüberlegung Hohenwarts, der sich mit den Slowenen in der Giltfrage solidarisch fühlt, bedrohen würde. Die Polen halten aber diesen Vorschlag der Kiste für das kleinere Uebel, da bei dem Austritt der Kisten aus der Koalition die Auflösung des Parlaments nach Schluß der Delegationen unvermeidlich wäre. Eine andere Lösung befände darin, daß das Parlament ein sechsmonatliches Budgetprovisorium bewilligt. Das Ministerium würde dann zurücktreten und ein anders zusammengefügtes Koalitionskabinet berufen werden. Ein augenblickliches Ausfallsmittel geht dahin, die Abstimmung über den Budgetposten Gilt in dem Budgetausschuß jetzt überhaupt nicht vorzunehmen und mit der Entscheidung bis zum Schluß der Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus zu warten; dadurch wäre eine Frist von einigen Wochen gewonnen, während deren eine gütliche Austragung der Angelegenheit versucht werden soll. Der Statthalter von Galizien Graf Badeni tritt morgen hier ein. Badeni ist sowohl der Vertrauensmann des Kaisers als des Polenklubs. Er wird seiner Zeit an der Bildung des Koalitionskabinetts mit, an dessen Spitze selbst zu treten er ablehnt. Man nimmt an, Badeni werde vermittelnd eingreifen und die Beilegung der Kiste für die nächste Zeit ermöglichen, falls aber der Austritt des Ministeriums unvermeidlich wäre, wird zweifellos an Badeni die Aufforderung zur Neubildung des Kabinetts ergehen. Dann wären also der Minister des Inneren und der österreichische Ministerpräsident Polen.

**Wien, 13. Juni.** Die Folge des Austritts der Kisten aus der Koalition, der voraussichtlich am Montag erfolgen wird, dürfte darin bestehen, daß wahrscheinlich bereits am Montag das Kabinet dem Kaiser sein Entlassungsgesuch unterbreiten wird und daß das Kabinet zunächst mit der Weiterführung der Geschäfte betraut werden wird.

### Schweiz.

**Bern, 13. Juni.** Das französisch-schweizerische Handelsabkommen von 1892 wurde von der französischen Kammer verworfen, nachdem die Schweizer Bundesversammlung es bereits genehmigt hatte. Ein neues Uebereinkommen mit Frankreich würde daher der Bundesrat der Bundesversammlung nicht vorlegen, bevor die französische Kammer es ratifiziert hat. Frankreich fordert jetzt teilweise höhere Zölle als im Jahre 1892.

### Belgien.

**Brüssel, 12. Juni.** Die heutige Kammeritzung hat endgültig über das Schicksal der Schutzollvorlage entschieden, das Ministerium geht aus dem heißen Kampfe als Sieger hervor, und alle vorgeschlagenen Schutzölle finden mit mehr oder minder großen Mehrheiten Annahme. Die Abstimmungen erweisen, daß sich die Regierung mit den verschiedenen Gruppen der Schutzollner verständig hat und auch die Agrarier mit den schutzollnerischen Industriellen handelsbeim geworden sind. Selbst die christlichen Demokraten, Antwerpener und Brüsseler Deputierte, die vor ihrer Wahl sich ausdrücklich verpflichtet hatten, feuerlei Schutzölle zuzustimmen, sind abgefallen und stimmen mit der Regierung. Im Beginn der Sitzung brachte der neue Unterrichtsminister Herr Schollaert unter dem lauten Beifall der Rechten das neue Schulgesetz ein — eine Vorlage, die ersichtlich in der liberalen Mehrheit sofort die angenehmste Stimmung für die Regierung hervorbrachte. Der Justizminister Begeman überreichte sodann „auf Befehl des Königs“ die Richterstellen am Brüsseler Appellhofe und an den Handelsgerichten vermehrte Vorlage — da erörterte der Justizminister aus mit donnernder Stimme die Worte: „Sie und der Papst (Roi de Carton) sind alle Weiber Pöpsel!“ Der Vorsitzende der Kammer Herr Bernaert erwiderte, der Justizminister hielt betreffen seine Rede an, die Deputierten erhoben sich und blickten starr zu der Tribüne hinaus, in welcher man an der Brüstung einen starken gut gekleideten Herrn erblickte, der den Kopf ausgehoben hatte und mit nichtlicher Verächtlichkeit auf die im Saal hervorgerufene Verwirrung blickte. Endlich gewann der Kammerpräsident seine Fassung wieder und beschloß mit lauter Stimme, den Redner sofort hinauszuweisen und festzunehmen. Zu demselben Augenblicke ertönte auf Befehl des Kaisers der Gong zum ersten Male die seit dem Bailantischen Aufstande in der französischen Kammer im Brüsseler Nationalpalast angebrachten Wärmesignale; alle Ausgänge des Nationalpalastes wurden geschlossen; die Wache haltenden Karabinieri pflanzten ihre Bajonnetten auf und besetzten alle Ausgänge. Die Huissiers der Kammer und die Karabinieri stürzten sich auf den noch Unbekannten, der in ihrer Mitte gehobenen Hauptes den Saal verließ und zum Verhöre nach der Kustur geführt wurde. Nach diesem aufregenden Zwischenfalle trat die Kammer in die Beratung der Schutzollvorlage ein. Alle von dem Ministerium vorgeschlagenen Schutzölle wurden angenommen und zwar für je 100 Kilogramm präparirter Kalas 50 Franks, alle mit Zucker bereiteten Konferven, Backwerke, Kuchen, überzuckerten Früchte, alle mit Zucker präparirten und angefertigten Waaren, Makronen, Marzipan, Bisquit, Fruchtstücke 30 Franks, alle anderen Konferven 12 Franks, Pfefferkuchen und Honig 18 Franks. Der Hauptkampf entspann sich um die Einfuhrzölle auf Butter und Margarin — 20 Franks

für je 100 Kilogramm. Hier hatte die Opposition alle ihre Kräfte vereinigt und glaubte sich ihres Sieges sicher, aber der Führer der christlichen Demokraten Abbe Daens sprach sich für diese Zölle aus und auch der Brüsseler Deputirte Graf von Urfel fiel ab und so fanden auch diese Zölle mit 79 gegen 68 Stimmen Annahme; vier Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Diese Abstimmung erweist, daß von den 152 Deputirten nur ein einziger fehlte! Damit ist die Gesamtnahme der Schutzollvorlage entschieden. Inzwischen waren in der Kustur der Kammer durch den Fernsprechbericht berufen Generalstaatsanwalt van Schoor, Staatsanwalt Willemaers, Untersuchungsrichter Wellens erschienen, um den Redner zu verhören. Er erklärte, der 42 Jahre alte, in der Schauspielerbühne anfängliche Geschäftsmann Jacobs zu sein und gab zu, daß er wegen anrüchlicher Geschäfte wiederholt mit den Gerichten in Konflikt gekommen und bestraft worden ist. Von 1891 bis 1893 hat er im Gefängnisse gesessen; Jacobs betrachtet sich als ein Opfer der Justiz. Da er wegen Beschimpfung der königlichen Person von dem Brabantischen Schwurgerichte abjurtheilt ist, so wurde seine Inhaftnahme angeordnet und Jacobs nach dem Gefängnisse der Vorstadt Saint Gilles übergeführt. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter erklärte er, weder der König noch den Justizminister zu kennen. Ich habe in der Kammer den Ruf ausgehoben, am festgenommen und vor das Schwurgericht zu verweisen zu werden, damit ich Gelegenheit finde, mich über meine früheren Verurtheilungen auszusprechen.“

**Brüssel, 13. Juni.** Die Repräsentantenkammer nahm mit 77 gegen 67 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, die von der Regierung vorgeschlagenen Zölle von 2 Franks auf Mehl und von 4 Franks auf Hafermehl an.

### Frankreich.

**Paris, 13. Juni.** Eine Drahtung des Generals Duchesne meldet die Einnahme von Nebatanana. Oberst Gillon ist an der Ruhr gestorben. Die Einnahme von Nebatanana durch die französischen Truppen erfolgte am 9. d. M. Morgens. Das Granatenfeuer zweier Gebirgsbatterien hatte genügend Erfolg, um die Hovas zur Flucht zu veranlassen. Zwei französische Schützen wurden leicht verwundet; die Truppen müssen große Strapazen aushalten. Die Kanonenboote fahren ohne Schwierigkeiten den Fluß hinauf.

### Italien.

**Rom, 13. Juni.** Der Kammerpräsident hat durch die Ernennung der Wahlprüfungskommission angelegene Anregung in den ministeriellen Kreisen erweckt. Er ernannte unter Anderen die bestkennnten Gegner Crispien: Rudini, Zanardelli, Brin und Cavallotti, dessen Ernennung als eine persönliche Beleidigung gegen Crispien ausgelegt wird. Crispien droht denn auch abzugeben. Um das zu verhindern, findet heute Abend eine Versammlung der ministeriellen Partei statt, die wahrscheinlich die Abkantung des Kammerpräsidenten Villa beabsichtigt wird. Cavallotti hat die vorbereitete Ständesession wegen der Affaire Herz auf Samstag verlegt.

### Spanien und Portugal.

**Madrid, 13. Juni.** (Meldung der „Central News of Germany“.) Ruiz Jorilla, der berühmte spanische Parteiführer der Republikaner, ist um 7 Uhr in Burgos an einer Gehirnblutung gestorben. Er stand im Begriff, nach einem neu erbauten Hause in Tablada umzusiedeln und erlitt dabei am Montag eine Augenlinsenoperation, welche auch das Rückgrat in Mitleidenenschaft zog. Durch diesen Verlust ihres Führers wird die völlige Auflösung der republikanischen Partei in Spanien unvermeidlich.

### Großbritannien und Irland.

**London, 13. Juni.** Unterhaus. Ray Shuttleworth erklärte, es sei ein Kriegsschiff nach Madagaskar beordert worden, um die britischen Unterthanen zu schützen und Vorkehrungen für deren Wegführung zu treffen, wenn die Vortwendigkeit dazu eintritt. Unterstaatssekretär Grey erklärte, eine Abtheilung nicht bevollmächtigter Beamter unter Führung der Vizekonsuln Filater unter Bonität sei nach Sanibar abgegangen. Sie sollen jedoch beauftragt werden, die Verkehrsstrasse zwischen Kaituma und dem Nyanga-See zu verbessern, nicht aber an dem Eisenbahnbau theilzunehmen. Die russische Regierung habe die Zusage gegeben, eine eingehende Untersuchung zu veranlassen wegen des Angriffs auf die Baumwollenfabriken in Tiflis von Moskau und wegen der Ermordung Granzpawitsch durch den Kaiser. Auch würden von den Lokalbehörden Maßnahmen getroffen werden, um ferneren Unruhen vorzubeugen. Des Ferneren erklärte Unterstaatssekretär Grey: Die englische Regierung ziehe in Betracht, daß die Verpflichtung Auslands, nicht lorenanisches Gebiet sich anzueignen, noch bestünde, diese Verpflichtung Auslands bestünde sich aber nur auf lorenanisches Gebiet. Das Hans nahm sodann einen Antrag des Schatzsekretrars Harcourt an, daß das Haus die ganze noch übrige Zeit der Sitzungsperiode auf die Erlebung der Regierungsgeschäfte verwenden solle. Im Verlaufe der Debatte erklärte Harcourt, es sei die Absicht der Regierung, die hauptsächlichsten Segenswürde vorwärts zu bringen, bis dieselben noch in dieser Sitzungsperiode zu Gefallen erhoben würden.

### Rußland.

**Petersburg, 5. Juni.** Die russischen Landesherrschaften zeigen sich sehr beunruhigt, daß die Regierung den Anlauf von Getreide für die Staatsvorräthe nach kurzer Zeit wieder eingestellt hat. Das Ziel dieser Staatsläufe sei eingestandenemmaßen doch gewesen, die niedrigen Getreidepreise zu heben, aber man könne nicht sagen, daß dieses Ziel erreicht worden sei, im Gegentheil habe die Lage der Getreideproduzenten durch die kurze Dauer der Staatsläufe noch eine Verschlimmerung erfahren. Ein großer Theil der Bevölkerung habe auf den Staat die Hoffnung gesetzt, seine Lage verbessern und das Getreide wenigstens ohne Verlust verkaufen zu können. Ueberall habe man sich beklagt, den Getreidebedarf zu beenden und Verkaufsoperationen fertig zu stellen, in Folge dessen die Arbeiterlöhne bedeutend in die Höhe gegangen wären. Jetzt werde der Kauf eingestellt, ehe er

nach eigentlich begonnen hätte. Die Samarkandische Kreislandwirtschafts-B. hätte im Ganzen nur zwei Wochen für ihre Operationen zur Verfügung gehabt und in dieser Zeit nur 100 000 Rub. zum Preise 50 000 Rubel für den Staat angekauft; andere Landesherrschaften hätten noch gar nicht einmal mit dem Kaufe begonnen, sondern erst ihre Vorbereitungen getroffen. Von der plötzlichen Einstellung der Staatsläufe hätten nur die privaten Aufkäufer Nutzen gezogen. Die Bauern hätten in Erwartung eines sicheren Abzuges ihr Getreide oft 40—50 Werst weit nach den größeren Handelsplätzen für Getreide geführt und hier erst erfahren, daß von Staatswegen kein Getreide mehr gekauft wird. Die Preise wären in Folge dessen um 10—15 Kopek per Rub gefallen und die Aufkäufer hätten, wie gesagt, vorzählige Geschäfte gemacht. Die Landesherrschaften suchen deshalb auch vielfach darum nach, daß die Staatsankäufe von Getreide wieder aufgenommen werden. So traurig die Lage der Landwirtschaft aber auch in einzelnen Theilen des Reiches sein mag, so kann man sich doch nicht der Einsicht verweigern, daß eine eventuelle Gewährung dieses Gesuches über kurz oder lang nur wieder zu denselben schlimmen Folgen führen muß, die jetzt beklagt werden. Die Staatsankäufe lassen sich nicht als Ungemeine steigern, dagegen steigen die Forderungen der Produzenten ins Unermessene, und das Resultat muß natürlich Enttäuschungen sein. Zudem steht die neue Ernte in kurzer Zeit vor der Thür, so daß an den Staat schließlich Anforderungen hervortreten würden, deren Befriedigung unmöglich ist. Die Staatsläufe haben die schlimmen Folgen, daß sie den Produzenten abhalten, der regulären privaten Nachfrage entgegen zu kommen. In der Hoffnung auf ein Steigen der Preise wird der günstige Moment zum Abzug des Getreides verpaßt. Es scheint, daß die Regierung jetzt diese Erwägungen gleichfalls angestellt hat und sich daher von der Einmischung in den Getreidehandel zurückziehen sucht.

### Japan.

**Yokohama, 13. Juni.** (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Amlich wird gemeldet, daß in Taipeifu und Tamsui auf Formosa Ruhe herrscht. Die Ordnung wird jetzt von den japanischen Behörden aufrechterhalten; die japanische Verwaltung ist offiziell in Kraft getreten.

### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 14. Juni.** Der nunmehrige Polizeipräsident von Berlin von Windheim ist geboren am 27. Juni 1857 zu Gr.-Döberleben. Er ist 1879 zum Gerichts-Referendar, 1881 zum Regierungs-Referendar und 1884 zum Regierungs-Assessor ernannt worden. Nachdem er im Januar 1886 mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts Ragnitz betraut worden war, wurde er im Juli desselben Jahres Landrat des Kreises. 1894 wurde er zur kommissarischen Verhütung im Ministerium des Inneren ernannt und im April 1895 zum Polizeipräsidenten in Stettin ernannt, von wo er nunmehr scheidet, um das Berliner Polizeipräsidenten zu übernehmen.

— Der Kaiser wird die ihm von der Stadt angebotene Odefahrt am 9. September d. J. mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Sachsen unternehmen.

— Vor dem Straßrat des Kammergerichts in Berlin gelangte gestern in der Revisionssitzung eine für den gesamten Handelsstand sehr wichtige Frage zu einer bisher ohne Präjudiz befindlichen und namentlich für Preußen maßgebenden Entscheidung. Der derselben zu Grunde liegende Vorbestand ist in kurze folgende. Mehrere Kaufleute zu Schöneck in Westpreußen waren, weil sie ihre Lehrlinge nicht an dem Unterricht in der dortigen Fortbildungsschule hatten Theil nehmen lassen, der Uebertretung eines dortigen Dekretes vom 10. Oktober 1891, monach „alle gewerblichen Arbeiter“ die betreffende Fortbildungsschule besuchen sollen, sowie der des § 150, 4 der Gewerbeordnung angeklagt, aber vom Schöffengericht zu Schöneck freigesprochen worden, weil dieses der Ansicht war, daß Handlungsbefreiung nicht unter den Begriff der gewerblichen Arbeiter zu rangieren seien. Die Strafkammer zu Pr. Stargard war indeß gegenwärtiger Ansicht, hob deshalb die Vorentscheidung auf und verurtheilte die Angeklagten zu je 1 1/2 Mark Geldstrafe. Hiergegen legten die Angeklagten Revision bei dem Oberlandesgericht Marienwerder ein, welches sich aber für unzuständig hielt und die Sache an das Kammergericht abgab, welches nunmehr in der Revisionssitzung eintretet. Die Ober-Staatsanwaltschaft beantragte Zurückweisung der Revision, und der Senat erkannte auch nach diesem Antrage, indem er der Ansicht war, daß das betreffende Dekret rechtsgültig, auch ohne Rechtsirrtum angewandt sei, und dann des Weiteren ausföhrte, daß auch gar nicht abgesehen sei, warum die Handlungsbefreiung nicht von den gewerblichen Arbeitern zu rechnen sein sollten, da sie ja im Handelsgewerbe beschäftigt seien.

— Nach den im zweiten Vierteljahrsheft 1895 zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichten Nachweisen sind während des Jahres 1894 bei den inländischen Seemannsämtern 16 265 Vollmatrosen und 1748 Schiffsjungen, die vorher auf Kaufahrtschiffen noch mitgefahren waren, für die deutsche Handelsmarine angemustert worden. Die Zahl der angemusterten Vollmatrosen war ebenso hoch als 1893 (16 264) und nur um wenig geringer als 1891 (16 263), in welchem Jahre die Zahl dieser Annusterungen den höchsten Stand erreicht hatte. Die Annusterungen von unbefahrenen Schiffsjungen sind seit 1890, in welchem Jahre ihre Zahl 2388 betrug, vom Jahr zu Jahr geringer geworden und waren 1894 weniger zahlreich als in den neun vorangegangenen Jahren. Dieser Rückgang erscheint darin begründet, daß die Zahl der kleineren und mittleren Schiffe, welche vorzugsweise Jungen annustern, abnimmt, während auf den Dampfschiffen, deren Zahl zunimmt, die Annusterungen von Schiffsjungen nur in geringerem Maße stattfindet. Die neben Befähigung bezahlten Steuern betragen durchschnittlich für Vollmatrosen 51,16 und für unbefahrene Schiffsjungen 14,13 Mark im Monat. Seit dem Jahre 1891 sind die Steuern, die damals für die Vollmatrosen zu 56,81 und die unbefahrenen Schiffsjungen zu 16,64 Mark durchschnittlich ermittelt worden waren, von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Im Nordseegebiet sind die Steuern der Vollmatrosen (1894: 52,32 Mark) regelmäßig höher als im Ostseegebiet (1894: 46,64 Mark), während



